



SITZUNG DES VORSTANDS DER ETF

27. NOVEMBER 2008

PROTOKOLL

1. Einleitung

Die Herbst-Sitzung 2008 des Vorstands der ETF wird am 27. November in Turin abgehalten, den Vorsitz führt Gordon Clark, als Referatsleiter zuständig für den Bereich lebenslanges Lernen bei der Generaldirektion Bildung und Kultur der Europäischen Kommission. In der Sitzung werden die neuen Vorstandsmitglieder für Italien (Alberto Cutillo), die Tschechische Republik (Katerina Molnárová) und die GD Erweiterung (Timo Summa) sowie das stellvertretende Vorstandsmitglied für Frankreich (Vincent Honorat) willkommen geheißen. Als Vertreter der GD Außenbeziehungen der Europäischen Kommission ist Ronan MacAongusa anwesend. Für Kroatien nimmt ein Beobachter an der Sitzung teil, das Cedefop ist durch Direktorin Aviana Bulgarelli vertreten. Weiterhin sind die Kommissionsbediensteten Elvira Angulo Rodríguez von der GD Erweiterung, Elena Pascual Jiménez und Belén Bernaldo De Quirós von der GD Bildung und Kultur sowie Annamaria Molnar von EuropeAid anwesend.

Bulgarien, Litauen, Malta, die Slowakische Republik und Zypern sind bei der Sitzung nicht vertreten. Darüber hinaus nehmen weder Beobachter der Türkei noch der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an der Sitzung teil.

2. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderung angenommen.

3. Follow-up zur letzten Sitzung

i. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung vom Juni 2008 wird auf Antrag von **Herrn Honorat (FR)** geändert und mit einer Änderung im Abschnitt über die Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten, mit der weitere Einzelheiten über die Aktivitäten des französischen Ratsvorsitzes, die bei der letzten Sitzung von Herrn Mezel (FR) vorgetragen worden waren, aufgenommen wurden, genehmigt.

ii. Follow-up zu den Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Nach der Sitzung im Juni 2008 wurden folgende Maßnahmen durchgeführt:

- Zu den Themen, die bei dieser Sitzung auf der Tagesordnung standen, zählen ein Sachstandsbericht über den Haushaltsplan für das Jahr 2009 und die Neufassung der Gründungsverordnung, ein neuer Fragebogen sowie ein Sachstandsbericht über die Beteiligung der Mitgliedstaaten an Aktivitäten der ETF, der Abschlussbericht über die Durchführung des

Aktionsplans für die externe Evaluierung und sowie eine Präsentation der Arbeit des Internen Auditdienstes.

- Die ETF hat an einer Reihe einschlägiger Veranstaltungen des französischen Ratsvorsitzes mitgewirkt und war maßgeblich an verschiedenen Gesprächen über die Schaffung einer Mittelmeerunion beteiligt.

Einige der Aktionspunkt der letzten Sitzung waren von der Billigung der Neufassung der Gründungsverordnung abhängig, darunter die Aktualisierung der Geschäftsordnung des Vorstands, die Vorlage des geänderten Dokuments über das Internationale Beratungsgremium zur Genehmigung sowie ein Vorschlag zur Handhabung von Anfragen im Rahmen eines weiter gefassten geografischen Mandats. Da die Annahme der Neufassung weiterhin aussteht, wurden diese Punkte nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Es wurden drei schriftliche Verfahren durchgeführt: im Juni zum Jahresabschluss 2007, im Juli zur Einstellung des Direktors und im September zum geänderten Haushaltsplan.

Frau Scheys (B) wird auf Anfrage bestätigt, dass die Lenkungsgruppe für die Koordinierung zwischen ETF und GD Erweiterung inzwischen regelmäßig zu Sitzungen zusammentritt.

4. Mündliche Berichte

i. Fortschritte bei den Maßnahmen und Programmen der Kommission, die Auswirkungen auf die ETF haben

Gordon Clark berichtet über die jüngsten Entwicklungen im Bereich Bildung und Kultur.

Bei der Neufassung der Gründungsverordnung der ETF seien Fortschritte zu verzeichnen, die zweite Abstimmung im Europäischen Parlament sei für die Woche vom 15. Dezember 2008 vorgesehen.

Der Haushaltsplan der ETF für 2009 werde voraussichtlich wieder das Niveau des Jahres 2007 haben (rund 19,87 Mio. EUR), allerdings werde der gesamte Betrag bis zur Billigung der Neufassung der Gründungsverordnung als Reserve eingestellt.

Die Bewerbungsfrist für die Stelle des Direktors der ETF sei am 10. November 2008 abgelaufen. Bis diesem Zeitpunkt seien insgesamt 140 Bewerbungen aus 25 verschiedenen Ländern eingegangen. Nach der ersten Durchsicht seien 85 Bewerbungen für die nächste Runde zugelassen worden. Der Prüfungsausschuss bestehe aus zwei Direktoren der GD Bildung und Kultur, jeweils einem Direktor der GD Erweiterung und der GD Außenbeziehungen, einem Beobachter des Vorstands (Tschechische Republik) und einem Vertreter der GD Verwaltung. Eine Auswahlliste werde voraussichtlich Mitte Mai 2009 vorliegen, die Gespräche mit dem Vorstand finden im April statt. Da sich der ausgewählte Bewerber dem Europäischen Parlament vorstellen solle, dürfte der Prozess vor den nächsten Wahlen im Juni kommenden Jahres abgeschlossen sein.

Was die politischen Entwicklungen angehe, so sei am 26. November eine Mitteilung der Kommission (KOM(2008 800) angenommen worden, in der es um Maßnahmen zur Bekämpfung der derzeitigen Wirtschaftskrise gehe. Die Mitteilung stütze sich auf zwei elementare Säulen: kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und längerfristige Investitionen in Ausbildung und Qualifizierung für die Zukunft. Dies könne einen Anstieg der Investitionen in die allgemeine und die berufliche Bildung zur Folge haben, was wiederum Auswirkungen auf die Arbeit der GD Bildung und Kultur sowie von Cedefop und ETF haben werde.

Außerdem werde an einem neuen strategischen Rahmen für die allgemeine und berufliche Bildung gearbeitet, da das derzeitige Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ in naher Zukunft auslaufe. Dieser strategische Rahmen werde sich sehr wahrscheinlich mit zentralen Themen wie dem Europäischen Qualifikationsrahmen, Schlüsselkompetenzen und Benchmarks u. a. für die Lesekompetenz befassen, die zwar bereits festgelegt, aber noch nicht erreicht wurden. Die Schaffung eines europäischen Raums des lebenslangen Lernens, Qualitäts- und Effizienzverbesserungen, aktive Bürgerschaft, Innovation und Kreativität (das Thema des Europäischen Jahres 2009) sowie die Stärkung der offenen Koordinierungsmethode im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung – all

diese Themen würden wahrscheinlich aufgegriffen. Die neue Nach-Lissabon-Strategie werde am 16. Dezember 2008 angenommen und damit am selben Tag wie die vom Rat in seiner Frühjahrstagung 2008 geforderte Mitteilung „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung“, die sich mit der Anpassung der Kompetenzen an den Bedarf des Arbeitsmarktes befasse. Hier könne die ETF möglicherweise in den Ländern außerhalb der Europäischen Union eine Rolle übernehmen.

Was den Kopenhagen-Prozess angehe, so werde in einem am 26. November in Bordeaux verabschiedeten Communiqué die Notwendigkeit hervorgehoben, die Verbindungen zwischen Berufsbildung und Arbeitsmarkt zu stärken. Der Europäische Qualifikationsrahmen werde voraussichtlich im Frühjahr 2009 offiziell angenommen, in der zweiten Jahreshälfte 2009 werde der schwedische Ratsvorsitz dann eine Eröffnungskonferenz veranstalten. Der Europäische Qualifikationsrahmen beinhalte eine Reihe von Kriterien, die die Anknüpfung zum Qualifikationsrahmen für den Hochschulbereich bildeten, hierfür sei auch ein internetgestütztes Tool entwickelt worden. Die ETF veranstalte im Januar eine wichtige Konferenz zur externen Dimension des Europäischen Qualifikationsrahmens.

Ronan MacAongusa stellt die neuesten Entwicklungen in Bezug auf die außenpolitischen Instrumente vor.

Nach der außerordentlichen Sitzung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ solle vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Georgien und Russland im vergangenen Sommer am 3. Dezember eine neue Östliche Partnerschaft mit den sechs östlichen Ländern der europäischen Nachbarschaftsregion (Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Republik Moldau und Ukraine) auf den Weg gebracht werden. Dies sei eine Folgerung aus der Krise zwischen Georgien und Russland im letzten Sommer. Ziele der Partnerschaft seien die Förderung einer stärkeren wirtschaftlichen Integration, eine größere Mobilität der Bürger sowie die Intensivierung des politischen Dialogs und der Beziehungen mit der EU einerseits und zwischen den östlichen Ländern andererseits. Auch Fragen der Entwicklung von Humankapital einschließlich der Themen allgemeine und berufliche Bildung, Hochschulbildung und lebenslanges Lernen würden aufgegriffen. Der volle Wortlaut des Partnerschaftsabkommens könne auf der Europa-Website (www.europa.eu) eingesehen werden.

In Bezug auf die Union für den Mittelmeerraum sei auf dem Pariser Gipfel zum „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ im Juli vereinbart worden, auf den erfolgreichen Elementen des Barcelona-Prozesses aufzubauen, und die Beziehungen durch mehr Mitverantwortung zu intensivieren und konkrete Vorteile für die Bürger der Region zu verwirklichen. Im Juli hätten sich die Staats- und Regierungschefs darauf verständigt, die Aktivitäten in den folgenden Bereichen zu verstärken: Reduzierung der Umweltverschmutzung im Mittelmeerraum, Hochgeschwindigkeitsseewege und Autobahnen, Katastrophenschutz, alternative Energien, Solarprogramm für den Mittelmeerraum, Hochschulbildung und Forschung, Gründung einer Europa-Mittelmeer-Hochschule und die Initiative zur Unternehmensentwicklung im Mittelmeerraum. Am 3. und 4. November seien die Außenminister der am Barcelona-Prozess beteiligten Länder bei ihrer Sitzung übereingekommen, die Initiative in „Union für den Mittelmeerraum“ umzubenennen und für die Union in Barcelona ein Sekretariat mit einem Generalsekretär und fünf Stellvertretern aus Israel, den besetzten palästinensischen Gebieten, Italien, Griechenland und Malta einzurichten. Die Arabische Liga werde der Union als Vollmitglied angehören. Die Europa-Mittelmeer-Hochschule sei am 9. Juni in Slowenien gegründet worden; sie solle Impulse für eine zukünftige Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulbildung zu setzen. Im Juni habe in Kairo eine erste Ministerkonferenz zur Hochschulbildung stattgefunden, auf der die Einrichtung einer Expertengruppe für Hochschulbildung beschlossen worden sei. Diese Expertengruppe werde sich vorrangig der Aufgabe widmen, die Mobilität im Hochschulbereich zu fördern, die Qualitätssicherungsmechanismen zu verbessern sowie Fragen der Anerkennung von Abschlüssen und Studienzeiten zu klären, woraus die Entwicklung gemeinsamer Abschlüsse durch Universitäten im Mittelmeerraum und die EU resultieren könnte. Die nächste Ministerkonferenz dieser Art sei für die zweite Hälfte des Jahres 2009 vorgesehen.

Was die Entwicklungen im weiteren Kontext der europäischen Nachbarschaftspolitik angehe, hätten sich die mit vier Ländern (Ukraine, Republik Moldau, Israel und Marokko) erarbeiteten Aktionspläne so positiv entwickelt, dass eine Vertiefung der Beziehungen zu diesen Ländern nunmehr gesichert sei. Auf dem EU-Ukraine-Gipfel am 21. September sei beschlossen worden, Verhandlungen über ein neues Assoziierungsabkommen aufzunehmen, bei denen auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen sowie die Einrichtung einer Freihandelszone mit einer weitgehenden Angleichung der Rechtsvorschriften zur Sprache kämen, um die allmähliche Integration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt voranzutreiben. Das Abkommen werde auch die Bereiche Bildung, Ausbildung und Jugend betreffen. Die Verhandlungen über das Abkommen würden jedoch voraussichtlich noch mindestens ein

Jahr in Anspruch nehmen, sodass mit einer Ratifizierung im Jahr 2010 oder 2011 zu rechnen sei. Am 18. Juni habe sich der Assoziationsrat für Israel auf eine Intensivierung der Beziehungen geeinigt. Aktivitäten werde es voraussichtlich in den Bereichen wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit, Handel, Justiz und Inneres, Energie, Verkehr, Informationsgesellschaft, Bildung, Ausbildung, Kultur, Jugend und trilaterale Zusammenarbeit geben. Im Juni hätten EU und Israel eine gemeinsame Mitteilung angenommen, zu deren Themen die Förderung der Mobilität von Studenten, Wissenschaftlern, akademischen Lehrkräften und Jugendlichen, der Dialog über lebenslanges Lernen einschließlich des Europäischen Qualifikationsrahmens sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie zählten. Beim EU-Marokko-Gipfel im September sei übereinstimmend der weitergehende Status von Marokko bestätigt worden, der die schrittweise Integration in den Binnenmarkt sowie die Ausweitung der wirtschaftlichen, politischen und Handelsbeziehungen mit der EU vorsehe. Dazu gehöre langfristig der Abschluss eines Freihandelsabkommens. Was den Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung angehe, sei beabsichtigt, mit Blick auf eine Angleichung an den Europäischen Qualifikationsrahmen die Transparenz der Qualifikationen und der Zertifizierung zu verbessern und die Zusammenarbeit von Schulen und Universitäten bei der Sprachausbildung, die Modularisierung der Hochschullehrpläne und -studiengänge sowie deren Angleichung an die europäischen Normen und Verfahren zu fördern.

Was die Republik Moldau angehe, so habe der Rat „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ zugestimmt, dass auch die Republik Moldau Verhandlungen über ein erweitertes, über das gegenwärtige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen hinausgehendes Abkommen aufnehme. Dies sei letztlich davon abhängig, ob die Republik Moldau die gesamten Folgen einer Liberalisierung des Handels verkraften könne. Die Kommission habe eine entsprechende Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben und arbeite an einem Entwurf für Verhandlungsrichtlinien, der dem Rat Anfang 2009 zur Genehmigung vorgelegt werden solle.

Es werde erwartet, dass auch Ägypten, Jordanien und Tunesien in naher Zukunft um vergleichbare erweiterte Vereinbarungen ersuchen würden. Bei den Entwicklungen im Hinblick auf die einzelnen Länder werde ein maßgeschneiderter Ansatz verfolgt, der den allgemeinen politischen Konzepten der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) Rechnung trage. Dazu gehöre auch der Grundsatz vereinbarter Benchmarks.

Mehrere ENP-Länder hätten Protokolle unterzeichnet, die sie zur Beteiligung an bestimmten Aktivitäten der Agenturen der Gemeinschaft und bestimmten EU-Programmen berechtigten.

Der Kommission sei im Juli ein Verhandlungsmandat für die Ausarbeitung einer künftigen Rahmenvereinbarung mit Libyen erteilt worden. Bei der ersten Verhandlungsrunde im November sei es zu einem ersten Meinungsaustausch über politische Themen sowie die Bereiche Handel, Energie, Justiz und Inneres gekommen. Die nächste Verhandlungsrunde finde im Februar in Tripolis statt und werde voraussichtlich die Themen Verkehr, Bildung, Gesundheit und Fischerei zum Inhalt haben. Der gesamte Verhandlungsprozess mit Libyen werde voraussichtlich mindestens weitere zwei Jahre dauern.

Timo Summa von der GD Erweiterung gibt einen aktuellen Überblick über die Aktivitäten der EU im Westlichen Balkan im Hinblick auf den Erweiterungsprozess und das Instrument für Heranführungshilfe (IPA).

Derzeit gebe es drei Kandidatenländer und fünf potenzielle Kandidatenländer für den Beitritt zur EU. Zusammen mit den Strategiepapieren, die auch eine Bestandsaufnahme der bislang auf dem Weg zum Beitritt erzielten Fortschritte enthielten, seien auch die Prioritäten für 2009 veröffentlicht worden.

Die Verhandlungen mit Kroatien könnten 2009 in die Endphase eintreten, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt würden. Der Zeitplan werde an die erzielten Fortschritte angepasst, die von der Kommission genau beobachtet würden.

In der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien seien gewisse Fortschritte erzielt worden, doch müsse weiter auf freie und faire Wahlen hingearbeitet werden, um den Dialog zwischen den wichtigsten politischen Parteien und Akteuren zu verbessern. Die Kommission beobachte weiterhin die erzielten Fortschritte, ein entscheidender Punkt seien die Wahlen im März 2009.

Albanien, Montenegro sowie Bosnien und Herzegowina seien bei der Durchführung des Interimsabkommens in einigen Reformbereichen vorangekommen, doch stellten Rechtsstaatlichkeit und Verwaltungskapazitäten weiterhin große Herausforderungen dar.

Serbien könne 2009 den Status eines Kandidatenlandes erlangen, sofern bis dahin bestimmte Bedingungen erfüllt seien. Die Vorbereitungen im Kosovo befänden sich noch in der Anfangsphase, der

Abschluss einer Machbarkeitsstudie zum aktuellen Stand der sozialen und politischen Entwicklung und zu den verfügbaren Mitteln werde für den Herbst 2009 erwartet.

Die Verhandlungen mit der Türkei schritten im gleichen Tempo voran wie die Reformen im Land. Die Türkei gelte mittlerweile als funktionierende Marktwirtschaft und werde voraussichtlich in bestimmten Bereichen, z. B. bei den Beziehungen zu Zypern und der vollständigen, diskriminierungsfreien Umsetzung der Zusatzprotokolle, weitere Forschritte erzielen.

Das Instrument für Heranführungshilfe verfüge für das Jahr 2009 über eine Zuteilung von Finanzmitteln in Höhe von rund 1,4 Mrd. EUR. Im Jahr 2009 werde ein neues „Krisenbewältigungspaket“ zum Einsatz kommen. Der Bildungsbereich werde im Rahmen der Programme Tempus und Erasmus Mundus unterstützt. Damit stünden im akademischen Jahr 2008/2009 insgesamt 500 Stipendien mit einem Gesamtbudget von 10 Mio. EUR zur Verfügung. Insgesamt 103 Studenten seien über das „Fenster Westlicher Balkan“ für ein Aufbaustudium in der EU ausgewählt worden. Das im Rahmen des „Fensters Externe Zusammenarbeit“ ausgewählte Konsortium schlage vor, die gesamte Region abzudecken und 400 Stipendien für Studenten und akademische Lehrkräfte bereitzustellen. Ab dem kommenden Jahr werde es Mittelzuweisungen in Höhe von 20 Mio. EUR für Erasmus Mundus geben, die zur Finanzierung von 1 000 Stipendien ausreichen dürften. Das Programm Tempus werde die Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen weiter unterstützen, dem Programm würden weitere 20 Mio. EUR für die westlichen Balkanländer zur Verfügung gestellt.

ii. Trends und Entwicklungen bei der ETF

Muriel Dunbar heißt die neuen Vorstandsmitglieder willkommen und dankt Frau Bulgarelli (Cedefop) für ihre Teilnahme an der Sitzung, die sie als Zeichen für die engen Beziehungen zwischen der ETF und Cedefop wertet.

Die ETF sei nach wie vor besorgt darüber, dass die Neufassung der Gründungsverordnung weiterhin ausstehe. Dies gelte sowohl für die mögliche Einstellung einer Reserve in den Haushaltsplan durch das Europäische Parlament als auch für die zwischenzeitliche Einschränkung der Aktivitäten der ETF. Derzeit würden weder Mitarbeiter neu eingestellt noch ausscheidende Mitarbeiter ersetzt. Dies sei darauf zurückzuführen, dass das Parlament eine Verwendung der Reserve für Titel 1 (Personalkosten) und Titel 2 (Unterhaltskosten) statt für Titel 3 (Betriebskosten) verlangt habe.

Die ETF sei jedoch optimistisch, dass die Neufassung bei der zweiten Lesung im Dezember gebilligt werde. Alle dem Vorstand vorgelegten Dokumente seien in der Annahme verfasst worden, dass die Billigung bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt sei. Die Frage der Verwaltungsführung, die beim letzten Mal ein Problem darstellte, werde dieses Mal auf andere Weise angegangen, und zwar mit einer Evaluierung sämtlicher EU-Agenturen.

Bei der Evaluierung gehe es darum, die tatsächlichen Auswirkungen von Errichtung, Tätigkeit, Rolle und Standort der EU-Agenturen genau zu untersuchen und die Transparenz des Systems zu verbessern. Der Evaluierungsausschuss, der sich aus Vertretern des Europäischen Parlaments, Wissenschaftlern und Vertretern der Agenturen zusammensetze, werde der Leitung der Kommission unterstehen. Er werde sich mit Fragen zu Aspekten wie Relevanz, Kohärenz, Wirksamkeit, Auswirkungen und Effizienz befassen. Darüber hinaus werde er Empfehlungen in Bereichen wie der Schaffung und Einrichtung von Regulierungsagenturen, Management und Verwaltungsführung sowie Überwachung und Beaufsichtigung aussprechen.

Einer der Bereiche, in denen die ausstehende Billigung der Neufassung keine Behinderung der ETF zur Folge habe, sei der Bereich Veröffentlichungen. Die ETF habe daher kürzlich eine Bewerbungsrounde für Redaktionsratsmitglieder abgeschlossen, und obwohl keine Vergütung angeboten worden sei, habe man insgesamt 24 Bewerbungen erhalten. Acht Bewerber aus unterschiedlichen Regionen und Organisationen und mit unterschiedlichem fachlichem Hintergrund seien in die engere Wahl gekommen. Der neue Redaktionsrat werde seine Arbeit im Januar 2009 aufnehmen. Darüber hinaus sei soeben das ETF-Jahrbuch 2008 zum Thema Lernen politischen Handelns fertiggestellt worden und auch eine Veröffentlichung zur Berufsberatung werde ab Anfang 2009 verfügbar sein. Der Zeitpunkt der letzteren Veröffentlichung sei günstig gewählt, da die Kommission erst kürzlich ihr Communiqué zur lebensbegleitenden Bildungsberatung herausgegeben habe, demzufolge der ETF in Drittländern eine wichtige Funktion in diesem Bereich zukomme.

Die ETF sei zudem ständig bemüht, ihre Kontakte zu nationalen und internationalen Organisationen auszubauen. So arbeite sie unter anderem eng mit nationalen Organisationen in Dänemark,

Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich zusammen. Internationale Organisationen, mit denen die ETF gemeinsame Aktivitäten durchführe oder durchgeführt habe, seien die OECD, die Weltbank, der Europäische Fonds für den Balkan, die ILO und die UNESCO. Geprüft werde auch die Möglichkeit gemeinsamer Aktivitäten mit der Asiatischen Entwicklungsbank und der Europäischen Investitionsbank. Als konkretes Beispiel könne die enge Zusammenarbeit mit der UNESCO bei der Ausbildung irakischer Entscheidungsträger in Amman angeführt werden, mit der ein Beitrag zur Reform des irakischen Berufsbildungssystems geleistet worden sei. Darüber hinaus gehöre die ETF mehreren Netzwerken an, so der International Financial Institutions Advisory Group und dem Inter-Agency Network for Education in Emergencies.

Mit der Rückverlagerung des Programms Tempus zur Exekutivagentur Ende Juni seien die Zuständigkeiten für Verwaltung und Haushalt auf die GD Bildung und Kultur übergegangen. Ende März 2009 würden sie dann auf die Exekutivagentur übertragen. Die Mehrzahl der ETF-Tempus-Mitarbeiter habe eine andere Beschäftigung gefunden, zwei frühere Mitarbeiter hätten Klage gegen die ETF erhoben.

Auf eine Anfrage von **Herrn Østerlund (DK)** zu den Auswirkungen des Grundsatzes des Lernens politischen Handelns hin wird bestätigt, dass die ETF auch weiterhin politische Entscheidungsträger bei der Entwicklung und Durchführung ihrer Strategien unterstütze.

iii. Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und institutionellen Partnern

Mehrere Vorstandsmitglieder waren im zweiten Halbjahr 2008 an der Ausrichtung oder Unterstützung von ETF-Aktivitäten beteiligt:

Frau Dimitova (BG) unterstützte eine Studienreise für albanische Teilnehmer.

Frau All (EE) wirkte an der Konferenz über Sozialpartner in Eriwan mit und nahm im November zusammen mit **Herrn Mezel (FR)** und **Frau Dimitova (BG)** an einem Seminar zu nationalen Qualifikationsrahmen in Rabat teil.

Herr Szent-Léléky (H) leitete ein Seminar zur Förderung des Bekanntheitsgrads der ETF in Budapest, **Frau Czarnecka (PL)** leitete eine ähnliche Veranstaltung in Polen.

Herr Cutillo (I) leistete einen erheblichen Beitrag zur Erneuerung des „Italian Trust Fund“ (italienischer Treuhandfonds) und zur Vereinbarung über den Standort der ETF mit den italienischen Behörden. Außerdem leistete er bei der Organisation der ETF-Konferenz zum Thema Lehren und Lernen Unterstützung, die im Oktober in Rom stattfand.

Studienreisen zum Thema nationale Qualifikationsrahmen für Teilnehmer des Programms MEDA und kroatische Teilnehmer wurden von **Frau Sams (UK)** bzw. **Frau Blasco (E)** organisiert.

Ebenfalls zum Thema nationale Qualifikationsrahmen fand ein Seminar in Turin statt, an dem **Frau Vladuc (RO)** teilnahm.

Herr Lindqvist (FI), Frau Soares (PT) und **Herr Henriks (S)** unterstützten die ETF-Aktivitäten mit landesspezifischem Fachwissen zu unterschiedlichen Themen.

Die ETF ruft die Vorstandsmitglieder dazu auf, sich stärker an der Arbeit Stiftung zu beteiligen und sowohl über positive Erfahrungen im Bereich der Berufsbildung als auch über Herausforderungen, vor die sie gestellt worden seien, und ihren Umgang mit diesen Herausforderungen zu berichten. Es wird ein Fragebogen zu Beteiligungsmöglichkeiten verteilt.

Herr Honorat (FR) stellt die Aktivitäten im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung vor, die unter dem französischen Ratsvorsitz stattgefunden haben.

Zum Auftakt der Union für das Mittelmeer (UfM) fand eine Reihe von Veranstaltungen statt. Die ETF leistete einen aktiven Beitrag zur Vorbereitung einiger dieser Veranstaltungen und wird auch an ihrem Follow-up beteiligt sein:

- 13.07.2008: Auftaktgipfeltreffen „Barcelona-Prozess: Union für das Mittelmeer“ in Paris
- 3.-4.11.2008: Ministerkonferenz der UfM in Marseille
- 5.-6.11.2008: Europa-Mittelmeer-Konferenz der Minister für Industrie in Nizza
- 9.-10.11.2008: 1. Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz zu Beschäftigung und Arbeit in Marrakesch

- 18.12.2008: Europa-Mittelmeer-Forum zu technischer Bildung und beruflicher Ausbildung in Marseille

Die ETF ist darüber hinaus unmittelbar von einer Reihe unter französischem Ratsvorsitz erstellter und/oder verabschiedeter Dokumente zur allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa und zur Fortführung des Programms Erasmus Mundus betroffen:

- 21.11.2008: Entschließung des Rates zu einer besseren Integration lebensumspannender Beratung in die Strategien für lebenslanges Lernen und Schlussfolgerungen des Rates zur Verstärkung der Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung
- 25.-26.11.2008: informelle Sitzung zum Kopenhagen-Prozess in Bordeaux
- Vorschläge für Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates zu ECVET und zur Sicherung der Qualität in der beruflichen Bildung
- 16.12.2008: Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das Programm Erasmus Mundus 2 (2009-2013).

Frau Molnárová (CZ) präsentiert die Aktivitäten zur allgemeinen und beruflichen Bildung, zu Beschäftigung und Kooperation, die für den bevorstehenden tschechischen Ratsvorsitz geplant sind.

Der tschechische Ratsvorsitz werde sich im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung vorrangig mit strategischen Programmen befassen, die über das Jahr 2010 hinausgingen, mit Partnerschaften zwischen Schulen und Berufswelt sowie mit der Weiterentwicklung der Aspekte Qualität und Offenheit in der Hochschulbildung.

Dazu seien folgende Veranstaltungen geplant:

- Tagungen des Europäischen Rates im Februar und Mai 2009;
- ein informelles Ministertreffen im März 2009;
- die Konferenz zum Start des Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation im Januar;
- eine Vorreiter-Konferenz zum Thema Bildung, Unternehmer und Arbeitgeber Anfang April;
- die Sitzung der für die Berufsbildung zuständigen Generaldirektoren im Mai, die mit einem weiteren Seminar zu neuen Hilfsmitteln in der Berufsbildung verbunden sein wird;
- die Sitzung der für die Hochschulbildung zuständigen Generaldirektoren sowie die Sitzung des Ausschusses für Bildungsfragen im Juni.

Unter dem tschechischen Ratsvorsitz sei eine Reihe von Papieren auszuarbeiten, z. B. ein Papier zum neuen strategischen Rahmen für allgemeine und berufliche Bildung über das Jahr 2010 hinaus, Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates zum europäischen Bezugsrahmen für die Qualitätssicherung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (EQARF) und zum europäischen Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (ECVET) sowie Schlussfolgerungen zu Partnerschaften von Berufsbildungseinrichtungen und Arbeitgebern.

5. Arbeitsprogramm

i. ETF-Arbeitsprogramm 2009

Xavier Matheu stellt den Entwurf des Arbeitsprogramms 2009 vor, der in der Annahme erstellt wurde, dass die Neufassung der Gründungsverordnung gebilligt wird. Schwerpunkte des Arbeitsprogramms seien der breitere Kontext der Entwicklung von Humankapital sowie andere Bereiche in diesem Zusammenhang, z. B. die Kenntnisse und Fertigkeiten von Migranten. Darüber hinaus werde in diesem Arbeitsprogramm der derzeitige mittelfristige länderspezifische Ansatz der Stiftung konsolidiert.

Wichtigste Ziele seien die Unterstützung der Partnerländer beim Entwurf und der Umsetzung von Strategien im Bereich der Entwicklung von Humankapital sowie die Unterstützung der Länder bei der optimalen Nutzung der Außenhilfeinstrumente der EU.

Die ETF habe für die Aktivitäten in den verschiedenen Regionen, in denen sie tätig sei, wichtige Ziele formuliert. In der IPA-Zielregion solle die Kommission bei der Ermittlung der Empfänger von Außenhilfe und bei der Durchführung der Außenhilfe unterstützt werden. In der ENP-Zielregion liege das Hauptaugenmerk darauf, die Auswirkungen der EU-Interventionen in die Entwicklung von Humankapital durch Leistung eines Beitrags zu Projekt- und Programmzyklen zu intensivieren, zum Aufbau von Kapazitäten für eine Reform der Systeme zur Entwicklung von Humankapital in den Partnerländern beizutragen sowie die regionale Zusammenarbeit und den länderübergreifenden Erfahrungsaustausch zu fördern. Ziel der Stiftung in Zentralasien sei es, das Profil und die Umsetzung der Außenpolitik der EU zu stärken, indem der Programmzyklus unterstützt und Kapazitäten für die Entwicklung und Umsetzung politischer Maßnahmen in den Partnerländern aufgebaut würden.

Zusätzlich zur Arbeit der Stiftung in den einzelnen Ländern werde die ETF eine Reihe von Innovations- und Lernprojekten in den folgenden Bereichen durchführen: Kompetenzen zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, Überprüfungen des Humankapitals, Frauen und Beruf sowie lebenslanges Lernen und Arbeitsmarktflexibilität.

Neben den operativen Tätigkeiten umfasse das Arbeitsprogramm auch Abschnitte zur Kommunikation innerhalb der Organisation und zum organisationsbezogenen Lernprozess.

Frau Scheys (B) stellt die Rolle des Vorstands bei der Genehmigung der verschiedenen Tagesordnungspunkte (insbesondere Arbeitsprogramm und Haushaltplan 2009) in Frage. Als Grund dafür führt sie die ausstehende Billigung der Neufassung der Gründungsverordnung an. Sie verweist auf die Tatsache, dass es dem Vorstand in einer solchen hypothetischen Situation nicht möglich sei, eine fundierte Entscheidung über das ihm vorgelegte Material zu treffen.

Frau Soares (PT) fragt, wie nicht im Haushaltplan genannte Projekte (z. B. das Projekt MEDA-ETE) im Jahr 2009 finanziert würden. Sie fragt weiter, wie die Projektarbeit fortgesetzt werden könne, wenn keine Mittel mehr bereitgestellt würden. Dies gelte z. B. für das 2009 auslaufende Innovations- und Lernprojekt zum Thema lebenslanges Lernen.

Das Programm MEDA-ETE werde insofern anders als andere Projekte der ETF finanziert, als es über einen separaten Zuschuss für die Bereitstellung von technischer Hilfe verfüge. Darüber hinaus könnten die bei 2009 auslaufenden Projekten gewonnenen Erfahrungen in zukünftige Projekte einfließen. Ein Beispiel dafür seien die Ergebnisse des Projekts, das sich mit der Vermittlung von Kompetenzen zur Eindämmung der Armut befasse. Diese Ergebnisse würden derzeit auf ein neues Projekt zur Schulentwicklung in Zentralasien angewandt.

Ronan MacAongusa von der GD Außenbeziehungen erläutert, dass die von der ETF für Projekte zur Entwicklung von Humanressourcen verwalteten Mittel nur einen Teil der Mittel darstellten, die im Rahmen der Hilfsprogramme der EU für diesen Bereich zur Verfügung stünden.

Herr Honorat (FR) beglückwünscht die ETF zur Vielfalt und Fülle ihres Arbeitsprogramms 2009, bittet jedoch um einen Verweis auf die lebensbegleitende Beratung. Es gehe nämlich darum, die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen sowohl in Europa als auch in den Drittländern zu verbessern, indem die Entwicklung koordinierter, für alle zugänglicher und hochwertiger Beratungsdienste und die Fähigkeit zur Planung der beruflichen Laufbahn von der Schulzeit an gefördert werden. Dies entspräche auch der vom Rat verabschiedeten Entschließung über lebensumspannende Beratung.

Herr Lindqvist (FI) befürwortet die Fokussierung des Arbeitsprogramms auf das Erlernen politischen Handelns und den Kapazitätsaufbau in den Partnerländern.

Frau Scheys (B) weist darauf hin, dass die ETF weiter in Ergebnisindikatoren statt in Outputindikatoren investieren solle. Die ETF bestätigt, dass die Pläne zur Projektdurchführung für 2009 eine größere Zahl erwarteter Projektergebnisse als Bestandteil der ergebnisorientierten Bewertungen von Projekten enthalten.

ii. Entwurf des Haushaltsplans der ETF 2009

Olivier Ramsayer stellt den Entwurf des Haushaltsplans der ETF 2009 vor, der ein Volumen von insgesamt 19 870 000 EUR hat. Ein Vergleich mit den vorherigen Zahlen für das Jahr 2006 (2007 und

2008 seien Ausnahmejahre gewesen, da in diesen Jahren die Bereitstellung der technischen Hilfe für das Programm Tempus ausgelaufen sei) zeige, dass der Betrag für 2009 eine Steigerung um 2,7 Mio. EUR speziell für Tätigkeiten im Rahmen der neuen Aufgaben bedeute.

Das Europäische Parlament habe seine Absicht bekundet, aufgrund der ausstehenden Billigung der Neufassung der Gründungsverordnung eine Reserve von 2,084 Mio. EUR in den Haushaltsplan für 2009 einzustellen. Die Reserve solle für Titel 1 und 2 des Haushaltsplans verwendet werden und keine Auswirkungen auf Titel 3 haben.

Frau Scheys (B) bittet um Informationen zum Vorgehen der ETF für den Fall, dass die Neufassung der Gründungsverordnung nicht gebilligt werde.

Herr Honorat (FR) bittet um eine Erläuterung, weshalb die geplante erhebliche Aufstockung der Mitarbeiterzahl notwendig sei, und weshalb daher ein größerer Teil der Haushaltssumme Titel 1 zugewiesen werden müsse.

Herr Schneider (D) stellt die Notwendigkeit in Frage und bittet um zusätzliche Belege zur Rechtfertigung des starken Anstiegs des Haushaltsvolumens für 2009.

Muriel Dunbar erläutert, der Gesamtbetrag des Entwurfs des Haushaltsplans 2009 sei bereits Anfang 2008 vom Europäischen Parlament genehmigt worden. Mit dem Vorstand sei bereits Einvernehmen darüber erzielt worden, die zusätzlichen Mittel und den aus der Rückverlagerung der technischen Hilfe für das Programm Tempus resultierenden Betrag zur Stärkung der Kernaufgaben der ETF zu verwenden. Sie bestätigt außerdem, dass eine Auflösung der Reserve bei Billigung der Neufassung so gut wie sicher sei.

Was die Zahl der Mitarbeiter betreffe, so habe die ETF bei Aufnahme ihrer Tätigkeit Projektleiter benötigt. Die Profile dieser Mitarbeiter unterschieden sich stark von denen der jetzt benötigten Mitarbeiter. Ursprünglich habe man die Politik verfolgt, externes Fachwissen einzukaufen. Damit habe man jedoch auf die Option verzichtet, interne Kapazitäten aufzubauen. Geplant sei, Fachleute einzustellen und gleichzeitig in die Weiterbildung der jetzigen Mitarbeiter zu investieren. Fachleute, die in nächster Zeit eingestellt werden sollten, seien Bildungsökonomen, Arbeitsmarktökonomen und Statistiker.

iii. Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben und zugrunde liegende Richtlinien für 2010

Olivier Ramsayer gibt einen Überblick über die Haushaltsplanung für 2010, die mit der Planung für 2009 in Einklang stehe und lediglich eine Steigerung in Höhe der Inflation aufweise. Auch die Anzahl der Mitarbeiter werde voraussichtlich gegenüber 2009 unverändert bleiben. Eine wichtige Änderung sei jedoch die neue Haushaltssordnung, die dem Vorstand 2009 zur Genehmigung vorgelegt werde. Dies werde Auswirkungen auf die Verwaltung des Haushaltsplans 2010 haben.

Der Vorstand habe den Entwurf des Haushaltsplans 2009, den Haushaltsvoranschlag für 2010 und das ETF-Arbeitsprogramm 2009 mit den geforderten Änderungen (siehe oben) genehmigt.

6. Aktionsplan zur externen Evaluierung der ETF

Outi Kärkkainen gibt einen Überblick über die jüngsten, bei der Durchführung der Follow-up-Aktivitäten zur externen Evaluierung 2006 erzielten Fortschritte. Was die einschlägigen Schlüsselbereiche betreffe, so räume die ETF weiterhin bestimmten Ländern Priorität ein und arbeite weiter mit anderen Agenturen, EU-Mitgliedstaaten und Gebern zusammen. Die Informations- und Weitergabeaktivitäten mit dem Europäischen Parlament und dem Rat würden ebenfalls fortgesetzt.

Was Effizienz und Wirksamkeit anbelange, so unterstütze die ETF die Förderung politischer Lernprozesse und habe die unterschiedlichen Planungsdokumente enger miteinander verknüpft. Länderspezifische Umsetzungspläne seien weiterentwickelt worden.

Die Überwachung der Projekte sei ein weiterer Aktionsbereich, der nach der externen Evaluierung angegangen werden müsse. Die Stiftung lege in diesem Zusammenhang größeres Augenmerk auf Leistungsindikatoren und führe weiterhin Umfragen zum Nutzen ihrer Dienstleistungen durch.

Die Stiftung habe ihre Zusammenarbeit mit dem Vorstand mittels neuer geschützter Bereiche auf der Website, über Seminare zur Förderung der Bekanntheit der ETF in den Mitgliedstaaten und durch die Einbeziehung von Vorstandsmitgliedern in bestimmte operative Tätigkeiten ausgebaut.

Was Kommunikation und Informationsverbreitung angehe, so verfüge die ETF jetzt über eine mehrsprachige Website in sechs Sprachen, darunter Russisch und Arabisch. Zusätzlich sei ein neues Informationsblatt in allen Sprachen der EU sowie den Sprachen der westlichen Balkanländer erstellt worden und das ETF-Magazin werde jetzt viermal jährlich herausgegeben.

Die Ergebnisse und Auswirkungen der Tätigkeit der ETF würden im Rahmen von Evaluierungen bewertet, mit deren Durchführung die ETF externe Bewerter beauftragte. Bislang seien Evaluierungen z. B. in Bulgarien, Ägypten, Syrien, der Türkei und Rumänien durchgeführt worden. Die Evaluierung in Bulgarien und Rumänien beziehe sich auf Aktivitäten, die die Stiftung vor dem Beitritt dieser Länder zur EU durchgeführt habe.

7. Ktueller Stand der diesjährigen Audits und Planung der Audits im Jahr 2009

Francesca Gandini berichtet über den aktuellen Stand der Audits des Internen Auditdienstes. Im Jahr 2008 sei ein Audit durchgeführt worden, um angemessene Gewähr über die Wirksamkeit der Verwaltung der Humanressourcen zu erlangen. Dabei seien der Auftrag, die Aufgaben und die Ziele der Stiftung sowie die entsprechenden Anforderungen an Kompetenzen und Fachwissen der Mitarbeiter der ETF berücksichtigt worden. Die Auditoren hätten insbesondere die Planung und Überwachung in Bezug auf die Humanressourcen, die Einstellungsverfahren, die Leistungsbewertung und die Beförderungspolitik einer Prüfung unterzogen.

Bei dem Audit sei die Verwaltung der Humanressourcen der ETF als zufriedenstellend bewertet worden. Handlungsbedarf sei jedoch bei Planung und Berichtswesen in Bezug auf die Humanressourcen, bei der Festlegung von Zielvorgaben für einzelne Mitarbeiter und bei der Zeiterfassung festgestellt worden.

Die ETF habe einen Aktionsplan zur Lösung der beim Audit festgestellten Probleme erstellt, der im Jahr 2009 durchgeführt werden solle.

Folgemaßnahmen zu den Empfehlungen des vorhergehenden Audits seien noch im Gange. Die erforderlichen Arbeiten seien größtenteils abgeschlossen und an der Lösung der noch ausstehenden Probleme werde derzeit gearbeitet.

Für die kommenden Jahre würden Audits zu Risikobewertung und -management, Planung von Aktivitäten, Organisationsstruktur und Management der Interessengruppen erwartet.

8. Nächste Sitzung

Der Termin ist noch festzulegen und hängt vom Einstellungszeitpunkt des neuen Direktors/der neuen Direktorin ab.

Aktionspunkte

- Ergänzung des Protokolls der Sitzung vom Juni 2008 um detaillierte Informationen über die Aktivitäten des französischen Ratsvorsitzes und Verteilung des Protokolls an die Vorstandsmitglieder auf dem Wege des schriftlichen Verfahrens im Dezember 2008
- Vorlegen detaillierter Angaben zu den Redaktionsratsmitgliedern bei der nächsten Vorstandssitzung

- Vorlegen von Zahlen durch die GD Außenbeziehungen, Erweiterung und EuropeAid, die die Mittelzuweisung der ETF im weiteren Kontext der Aktivitäten der EU im Bereich Außenbeziehungen belegen (im Zusammenhang mit der Anmerkung des Vertreters der GD Außenbeziehungen)
- Übermittlung des endgültigen Auditplans für die kommenden Jahre auf dem Wege des schriftlichen Verfahrens
- Aufnahme eines eindeutigen Hinweises auf lebensbegleitende Bildungsberatung in das Arbeitsprogramm 2009
- Teilnahme der ETF an den relevanten Veranstaltungen des tschechischen Ratsvorsitzes.
- Vorlage eines Vorschlags zur Art und Weise, wie Anfragen zur Bereitstellung der Dienstleistungen der ETF in einem breiteren geografischen Kontext verwaltet werden sollten, in der nächsten Sitzung
- Vorlage eines revidierten Vorschlags zum Internationalen Beratungsgremium
- Aufnahme von Einzelheiten über die Zusammenarbeit mit Gebern und internationalen Organisationen in den jährlichen Tätigkeitsbericht unter Berücksichtigung der für Anfang 2009 vorgesehenen Neugestaltung des Berichts